

Die „Neue Stettiner Zeitung“ zu den Wahlen.

Nach den glorreichen Erfolgen des vorjährigen Krieges begann die „Neue Stettiner Zeitung“ so kräftig zu schwenken und in unser Lager überzugehen, daß wir uns aufrichtig darüber freuten. Sie, die vorher für die Herrschaft der Phrase geschwärmt hatte, fing seit jenen Tagen an, die Phrase zu verachten und wollte nur den realen Verhältnissen Rechnung tragen. Sie, die den Grafen Bismarck und seine Politik früher verdammt hatte, schwärmte nunmehr für diesen ausgezeichneten Staatsmann. Sie, die vorher die Frage aufgestellt hatte, wie die Könige dazu kämen, in Preußen ohne Erlaubnis des Volkes zu regieren, hatte auch hierfür ein Verständnis gewonnen. Kurz, die „N. St. Z.“ hatte plötzlich eine so gesunde Sinneswandlung bekommen, daß wir bisweilen, wenn wir die „N. St. Z.“ lasen, glauben konnten, unsere eigene Zeitung vor uns zu haben. Wir haben hierzu still geschwiegen, weil wir diesen Prozeß der Umbildung nicht stören, weil wir nicht die geehrte Kollegin durch Erinnerung an ihren früheren Standpunkt beschämen wollten. Und wir würden auch jetzt davon geschwiegen haben, wenn die „N. St. Z.“ ihren neuen Standpunkt auch heute noch behauptete und nicht wieder anfangen, auf ihren alten Standpunkt vor dem Kriege zurückzukehren. Denn wir wünschen nicht Kampf und Streit, wir suchen Frieden und Versöhnung im Innern des Landes und möchten auch im Innern unserer Stadt Frieden und Versöhnung, wenn diese mit dem Wohle des Ganzen irgend verträglich und vereinbar sind.

Die „N. St. Z.“ also hat ihren neuen Standpunkt des Vertrauens zur Regierung wieder aufgegeben, sie ist wieder auf den alten Standpunkt des Mißtrauens zurückgekehrt und säet Unfrieden und Zwietracht unter den Bürgern. „Der norddeutsche Bund, wie die Regierung ihn will, ist verloren“, ruft sie in Nr. 23 ihres Blattes aus. „Er ist nur zu retten, wenn es — und das muß ja leider gegen die Regierung geschehen — gelingt, aus den Wahlen eine kompakte Majorität national-gesinnter, d. h. eine straffe Konzentration anstreber und zugleich doch entschieden liberal gesinnter Abgeordneter hervorgehen zu machen, welche durch Sicherstellung der Volksherrschaft und Verbürgung der freien Entwicklung aller Volkskräfte die Mehrheit des deutschen Volkes mit der Unterordnung unter die preussische Krone und Regierung ausöhnen. Mit den konservativen und polizeilichen Tendenzen der Regierung ist der norddeutsche Bund nicht zu gründen. Das beherzige, wer zu den Wahlen schreitet.“

Das ist das neueste Programm der „N. St. Z.“, welches sie uns heute vorführt. Wie lange sie dasselbe beibehalten wird, wissen wir freilich nicht. Jedenfalls soll es aber doch das Wahlprogramm ihrer Partei, namentlich des von ihr verteidigten Wahlkandidaten sein. Wir werden uns daher einer Besprechung desselben nicht entziehen können. Also der norddeutsche Bundesstaat ist nach der „N. St. Ztg.“ verloren; selbst nicht der Sieg des vorigen Jahres, selbst nicht die ausgezeichneten Talente des anerkannt ersten Staatsmannes in Europa, des Grafen v. Bismarck, selbst nicht der feste unbeugsame Sinn unseres Heldenkönigs kann ihn nach der „N. St. Z.“ erhalten, sondern allein — der Leitartikelschreiber dieses Blattes, wenn sich nämlich alle Wähler des preussischen Volkes nach seinen Vorschlägen richten und nur die Männer wählen, welche dieser Federheld ihnen vorschlägt. Weist das deutsche Volk diese Ketterhand zurück, dann ist der norddeutsche Bund nach der „N. St. Z.“ unrettbar und für immer verloren.

Und die Gründe für diese Gefahr? Nur im Volke sind die Herzen und die Köpfe, die einen so schwierigen Bau aufrichten können, sagt die „N. St. Z.“; die Regierung versteht dies nicht. Also wirklich! Ist denn der Graf von Bismarck, sind seine Räte alle Ausländer, sind sie nicht gleich uns aus dem Volke erwachsen und hervorgezogen? Sind es nicht die anerkannt tüchtigsten Köpfe unseres Volkes auf dem Gebiete der Staatskunst? Oder gehören sie nach der „N. St. Z.“ deshalb nicht mehr zum Volke, weil sie zu Ministern und Räten ernannt sind? Jedenfalls behauptet die „N. St. Z.“, daß diese Minister und ihre Räte nicht verstehen, den Staat zu leiten, dies kann nach ihr nur das Volk, nur die große Masse. Und warum? Nun, der Minister hat doch nur einen Kopf, dagegen das Volk Millionen von Köpfen, die müssen doch zusammen mehr verstehen, als der eine Kopf. Das leuchtet ja jedem ein, der addieren gelernt hat. Das Rechenexempel ist einfach. Nur ein Bedenken steigt uns gegen dasselbe auf: Warum hat der König die Leitung des Krieges nicht dem vielköpfigen Wesen, der Masse des Volkes übertragen, wozu hat er einen einzelnen Mann, den General v. Moltke damit betraut? Doch wohl weil ein kluger und sachverständiger Kopf mehr wiegt, als unzählige Köpfe, die nichts von dem Fache verstehen.

Und so auch bei den anderen Dingen, nicht die große Masse des Volkes, sondern ein einzelner ausgezeichneter Kopf ist es gewesen, der die Dampfmaschine erfunden, der die Gesetze des Himmels entdeckt, der die Geheimnisse des Lebens belauscht hat; nur ein einzelner ausgezeichneter Staatsmann kann auch allein einen gesunden, tüchtigen Staatsbau ausführen. Bedingung ist nur, daß auch alle Kräfte des Volkes ihn unterstützen und ihm die Arbeit leicht machen.

Die „N. St. Z.“ sollte doch soviel von der Weltgeschichte begriffen haben. Und wenn sie auch nur das eine Jahr 1866 der Weltgeschichte kannte, sollte sie doch füglich wissen, daß es mit ihrer Prophetengabe nicht weit her ist, und daß die Leitartikelschreiber ihrer Zeitung sich im vorigen Jahre als falsche Propheten erwiesen haben, die um Mißtrauen zu säen, Niederlage und Verderben für unser Vaterland prophezehten. Auch diesmal werden, das hoffen wir zu Gott, ihre Federhelden als Lügenpropheten erfunden werden und wird das norddeutsche Reich trotz alles Unglücks-Geschreies der „N. St. Z.“ unter der Leitung des Grafen v. Bismarck glorieus emporkommen und blühen.

Deutschland.

Berlin, 15. Januar. Wie wir hören, haben Se. Maj. der König zu bestimmen geruht, daß die in England im Bau begriffene preussische Panzerfregatte den Namen „Kronprinz“, die in Frankreich den Namen „Prinz Friedrich Carl“ erhalten soll.

Berlin, 13. Januar. (R. Z.) Gleich vielen anderen Flüchtlingen hat sich auch Arnold Ruge über die Ereignisse in Deutschland besiedigend ausgesprochen. Einem unlängst in Amerika veröffentlichten Briefe desselben aus Brighton, 15. November 1866, entnehmen wir folgende Stellen: „Ich stimme Ihnen vollkommen bei: die Schlacht bei Sedowa hat Deutschland und Italien befreit und im Wesentlichen, wenn auch noch nicht vollständig, die Staatseinheit beider Länder begründet. Es scheint, daß wir aus der Ferne in dieser Angelegenheit sachgemäßer geurtheilt, als Viele daheim. Dagegen finde ich viele alte Freunde und brave Leute dem Umschwunge feindlich gegenüberstehen, sie können sich nicht darin finden, daß der Graf Bismarck plötzlich und ganz unerwartet den deutschen Cavour und Wilhelm den Victor Emanuel spielt. Diese Wendung lag indessen schon in der Olmüzer Demütigung und in den zweimaligen Durchzügen der Oesterreicher durch Deutschland nach Holstein; endlich bei dem Fürstentage zu Frankfurt, wo Franz Joseph präsidirte, erklärte sich Preußen schon für's Parlament, und als zuletzt die Exekution des Bundes gegen Preußen beschlossen war, da mußte der Norden, das neue Deutschland, den Kampf aufnehmen und siegen oder untergehen. Das sind nicht meine Phantasien, die Akten liegen in der Berliner Kanzlei und werden auch noch publizirt werden. Bismarck hat das Verdienst, die Lage klar eingesehen, den Feind Oesterreich und den Freund Italien richtig erkannt und die gewaltige Aufgabe kühn durchgeführt zu haben.“

Während die einheitlichen Bedingungen des Bundesheeres seit geraumer Zeit vorhergesehen waren, hatte es von vorn herein heißen, Sachsen werde vielleicht ein besonderes Armeekorps erhalten, das aber in Wirklichkeit von den nach den preussischen Provinzen bezeichneten Korps sich nicht wesentlich unterscheiden werde. Das schlesische, westfälische, rheinische Korps hat der einheitlichen Formation der preussischen Armee keinen Abbruch gethan. Und so wird es sich auch mit dem sächsischen Armeekorps verhalten, wenn dieses, wie man jetzt als wahrscheinlich ansetzt, Sachsen zugestanden wird. Die Dislokation, so wie die anderen einheitlichen Befugnisse sollen ohnehin, nach allem, was man hört, dem Bundes-Feldherrn, das heißt dem Könige von Preußen, auch für dieses Armeekorps vorbehalten bleiben. Daß Sachsen, was die Leistungen angeht, am wenigsten Schwierigkeiten erhebt, wurde schon gemeldet. Seitens anderer kleineren Staaten wird noch immer viel geklagt, und auf Erleichterungen gehofft, welche Preußen indessen nicht, ohne sich selbst zu beschädigen, gewahren könnte. An einigen kleinen Höfen soll, seltsam genug, geäußert worden sein, man werde nöthigenfalls an die höhere Stelle in Berlin appelliren.

Für den Wechselverkehr hat der Finanzminister den wichtigen Grundsatz aufgestellt, daß Wechsel, welche vom Auslande oder von einem Orte in den durch das Gesetz vom 20. September v. J. mit Preußen vereinigten Ländern auf einen anderen Ort in den letzteren gezogen sind, unter den bisherigen Voraussetzungen, auch ferner noch als stempelfrei behandelt werden dürfen, da jene Gebiete „noch ihre eigene Stempel-Gesetzgebung haben und rücksichtlich der Stempel-Pflichtigkeit der Wechsel bis auf Weiteres noch als Ausland anzusehen sind“. Die Hauptsteuer-Aemter sind demgemäß mit Anweisung auch versehen worden. In Betreff der Erhebung der Stempel-Steuer von Kalendern, welche in den neu erworbenen Landestheilen erscheinen und umgekehrt in letzteren erscheinen und in die neu erworbenen Landestheile übergeben, ist zur Vermeidung der Doppelbesteuerung Folgendes angeordnet worden: Diejenigen Kalender, welche in den altländischen Provinzen bereits die Stempel-Steuer bezahlt haben, sind beim Uebergange in die neuen Landestheile von jeder ferneren Stempel-Abgabe befreit. Eben so bleiben die in dem vormaligen Königreiche Hannover und in dem vormaligen Kurfürstenthume Hessen erscheinenden und nach den dortigen bestehenden Vorschriften der Stempelung unterworfenen Kalender beim Uebergange in die altländischen Provinzen oder in eines der durch das Gesetz vom 20. September v. J. mit der Monarchie vereinten Gebiete von der nochmaligen Entrichtung einer Stempel-Abgabe befreit. Die in dem vormaligen Herzogthume Nassau und in Frankfurt a. M., woselbst eine Stempel-Abgabe von Kalendern nicht erhoben wird, erscheinenden Kalender unterliegen bei dem Uebergange in einen anderen Landestheil der Monarchie der dort gesetzlich vorgeschriebenen Stempelung, nach den für inländische Kalender bestehenden Steuersätzen. Im Uebrigen bleiben die bisher ergangenen Vorschriften bezüglich des Ueberganges der Kalender aus dem einen in das andere Gebiet fernerweit maßgebend.

In der heutigen (19.) Sitzung des Herrenhauses befanden sich am Ministertisch Graf Bismarck-Schönhausen, Graf zu Lippe, (Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg), Graf Zemplin, Graf zu Eulenburg. Der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode eröffnete die Sitzung 12 Uhr 20 Minuten. Die Tagesordnung führt zur fortgesetzten Beratung über das Gesetz auf Abänderung des Artikels 69 der Verfassung, betreffend die Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus den neuen Provinzen. Herr v. Kleist-Neow befürwortet die Annahme des §. 2 nach dem Kommissions-Vorschlage. Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg erklärte sich dagegen, eben so Graf Rittberg. §. 2 nach der Kommissionsfassung wird bei Namensaufruf mit 57 gegen 52 Stimmen abgelehnt, §. 2 nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses mit 58 gegen 51 Stimmen angenommen.

Zu §. 3 spricht Herr v. Kleist-Neow, der nichts gegen die Annahme des Beschlusses des Abgeordnetenhauses an sich zu erinnern findet.

Minister-Präsident v. Bismarck verteidigt die Vorlage, wie sie aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, und beleuchtet die Nothwendigkeit ihrer Annahme. Es sei nicht wohlgethan, Angesichts des kurzen Zeitraums bis zum 1. Oktober, dem Einführungs-Termin der Verfassung in den neuen Ländern, einen neuen Konflikt heraufzubeschwören. Je früher der Abschluß des jetzigen interimistischen Zustandes erfolge, um so vorthellhafter sei es für die Zukunft. Das Gesetz nach den Beschlüssen des anderen Hauses werde von der Regierung der Möglichkeit vorgezogen, gar kein Gesetz zu erhalten. Deshalb bitte er, den Vorschlägen des anderen Hauses beizutreten. (Der ausführliche Bericht folgt im Abendblatte.)

Berlin, 15. Januar. (Abgeordnetenhaus) 52. Sitzung. Die heutige Plenarsitzung wurde gegen 10½ Uhr durch den Präsidenten von Forderbeck eröffnet. Am Ministertische sind der Justizminister und ein Regierungs-Kommissar. Das Haus zeigt in den Reihen der Mitglieder viele Lücken, die Tribünen sind fast leer. Nach den gewöhnlich in geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand die Verlesung der (gestern von uns mitgetheilten) Interpellation des Abg. Ewesten ist. Nach der Verlesung derselben erklärt auf Befragen des Präsidenten der Justizminister, daß er bereit sei, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur näheren Ausführung derselben erhält zunächst das Wort der Abg. Ewesten. Derselbe weist auf den Inhalt der königlichen Verordnung vom 3. Dezember 1866, welche strenges Verfahren gegen Beamte und Militärpersonen in Hannover vorschreibt, die sich ungelegentlich Widerstandes gegen die Regierungsgewalt schuldig machen, hin, findet es erklärlich, daß in der ersten Uebergangszeit mancherlei Ungehörlichkeiten vorkommen und giebt zu, daß diese nicht gebudet werden können, wenn die Staatsregierung nicht ihre Autorität aufgeben will. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß bald von den Ausnahmemaßregeln wieder Abstand genommen werden könne. Die hier in Rede stehende Thatsache habe nun aber mit den durch die Verordnung vom 3. Dezember getroffenen Fällen gar nichts zu thun. Der Kaufmann Sonntag in Hannover sei verhaftet worden und werde noch jetzt im Gefängnisse festgehalten, ohne daß ihm ein aktiver Widerstand gegen die Staatsgewalt zur Last gelegt werden könne. Solches Verfahren sei gerade in Hannover am besagtesten, wo so dringender Anlaß zur Verübung der Gemüther vorliege; dasselbe schade Preußens Interessen weit mehr, als es die schärfste Agitation der Partikularen vermöchte; es lähme die Bemühungen der Freunde Preußens, welche nur dann wirksam sein könnten, wenn sie das Recht auf Preußens Seite darthun könnten. Die welfische Agitation sei gefahrlos, sie werde mehr und mehr erlahmen, denn wenn es Jemand selbst für möglich hielte, daß Preußen in Folge etwaiger künftiger Ereignisse, welche für unseren Staat nicht glücklich, Gebietstheile einbüßte, so würde unter diesen Umständen am allerwenigsten sein, denn keine andere Großmacht habe ein großes Interesse, dieses Land zu besitzen, und für die Welfen-Dynastie werde schwerlich eine Macht ins Zeug gehen. Je sicherer aber Hannover definitiv als preussisches Land zu betrachten, um so mehr habe die Regierung Veranlassung, so schnell als möglich dort die Gemüther mit der neuen Lage zu versöhnen. Redner will der Regierung durch seine Interpellation Gelegenheit bieten, den Sonntag'schen Fall, der sehr böses Blut mache, ins rechte Licht zu stellen, und er hofft, daß, wenn nicht in bisher ihm unbekanntem Ursaachen eine Rechtfertigung des einschlägenen Verfahrens dargebracht würde, alsbald von der Regierung Abhilfe geschafft werde. — Der Justizminister: Die Regierung würde wohl die Beantwortung der Interpellation von der Hand weisen können, da die preussische Verfassung erst am 1. Oktober d. J. in Hannover ins Leben trete, das Abgeordnetenhaus also mit den dortigen Angelegenheiten sich zu beschäftigen zur Zeit noch nicht kompetent sei; indeß da die Ablehnung der Beantwortung den Irrthum erwecken könne, als ob solche an sich der Regierung unbecommen wäre, so wolle er auf den Gegenstand eingehen. Der verhaftete Kaufmann Sonntag sei die Seele der in Hannover betriebenen Agitation gegen den preussischen Staat; im Interesse der Sicherheit und Ordnung sei es geboten, den Bestrebungen desselben eine Schranke zu setzen. Er sei deshalb zunächst nach der Festung abgeführt, die gerichtliche Untersuchung sei aber gleichfalls eingeleitet worden und deren Ausfall werde abzuwarten sein. Die Ausnahmezustände in Hannover rechtfertigen Ausnahme-Maßregeln der Regierung, ja machen ihr solche zur Pflicht, und sie werde nicht Abstand nehmen, auch in Zukunft in gleicher Weise zu verfahren. Sie würde es bedauern, wenn in diesem Hause den dem Staate feindlichen Bestrebungen dadurch Nahrung und Ermuthigung gegeben würde, daß man die unabwieslichen Maßregeln der Regierung tadelte.

Die Interpellation ist damit erledigt. Das Haus geht zu dem dritten Berichte der Kommission für Petitionen über. Die beiden ersten Petitionen, welche zur Sprache kommen, betreffen Beschwerden über verweigerte Schanz-Konzeptionen; über die eine wird zur Tagesordnung übergegangen, die andere wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Sodann petitionirt der Gutsbesitzer Hahn zu Hermsdorf um Rechtschutz, weil der Landrath zu Waldenburg, die Regierung zu Breslau und demnach das Ministerium des Innern sein Gesuch um Ertheilung eines Jagdscheins für seinen Gärtnern abgelehnt haben. Der Gärtnern ist dringend verächtlich, durch einen Schuß den Tod eines Knaben herbeigeführt zu haben, von der Untersuchung gegen ihn dieserhalb ist aber Abstand genommen, weil die Staatsanwaltschaft angenommen hat, daß nicht eine strafbare Fahrlässigkeit, sondern ein entschuldbares Versehen vorgelegen habe. Die Verwaltungsbehörden haben angenommen, daß jedenfalls genügender Grund zur Verjagung des Jagdscheins auf Grund des §. 15a des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 vorliege, welcher lautet: „Die Ertheilung des Jagdscheins muß Personen versagt werden, von denen eine unvorsichtige Führung des Schießgewehrs oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu beforgen ist.“ Die Kommission hat in ihrer Mehrheit den Verwaltungsbehörden Recht gegeben und den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Nach einigen Debatten tritt das Haus diesem Antrage mit großer Majorität bei. — Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe, betreffend die Uebersicht über den Fortgang des Baues, beziehungsweise über die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staats-Eisenbahnen im Jahre

Table with columns for Dividende pro 1865, Zf., and various stock entries like Aachen-Düsseldorf, Aachen-Mastricht, etc.

Table with columns for do. do. IV, 94, bz, etc., listing various stock entries and their values.

Table titled 'Preussische Fonds' listing entries like Freiwillige Anl., Staatsanl. 1859, etc.

Table titled 'Sächsische' listing entries like Schlesisch, Hypothek-Carl, etc.

Table titled 'Wechselcourse' listing entries like Amsterdam kurz, Hamburg kurz, etc.

Table titled 'Bank- und Industrie-Papiero' listing entries like Dividende pro 1865, Preuss. Bank-Anth., etc.

Table titled 'Gold- und Papiergeld' listing entries like Fr. Bkn. m. R., Napoleons, etc.

Table titled 'Prioritäts-Obligationen' listing entries like Aachen-Düsseldorf, do. III. Emission, etc.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Ernestine Kadesfeld mit Herrn August Liebig (Stettin). Geboren: Ein Sohn: Herrn Louis Loed (Stettin).

Kirchliches.

Lutherische Kirche in der Neustadt. Heute, den 16. d. Mts., Abends 7 Uhr: Predigt.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Stettin; Abtheilung für Civil-Prozesssachen. Stettin, den 7. Januar 1867, Mittags 12 Uhr.

Bekanntmachung.

Auf der Försterei Könnowerder, Forstrevier Faltenwalde, soll ein Stall, auf 170 A. veranschlagt, erbaut und im Wege der Licitation an den Mindestfordernden vergeben werden.

Bekanntmachung.

Auf der Försterei Könnowerder, Forstrevier Faltenwalde, soll ein Stall, auf 170 A. veranschlagt, erbaut und im Wege der Licitation an den Mindestfordernden vergeben werden.

Bekanntmachung.

Bei dem Chauffehause Bismarck an der Pasewalker Staatschauffee soll ein Brunnen, auf 140 A. veranschlagt, erbaut werden.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Die Theater Deutschlands.

Die Kunst übt auf das Leben einen veredelnden, geistig belebenden Einfluss, die Rohheit wird gemildert, der Geschmack geläutert, das Volk wird von den niedrig sinnlichen Lüsten abgezogen und an feinere Formen, an Sinn für Symmetrie und Wohlklang gewöhnt.

aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 7. Februar 1867 einschließlic

Bekanntmachung.

in unserem Gerichtsstelle, Terminzimmer Nr. 11, vor dem genannten Kommissar zu erscheinen.

Bekanntmachung.

Auf der Försterei Könnowerder, Forstrevier Faltenwalde, soll ein Stall, auf 170 A. veranschlagt, erbaut und im Wege der Licitation an den Mindestfordernden vergeben werden.

Bekanntmachung.

Bei dem Chauffehause Bismarck an der Pasewalker Staatschauffee soll ein Brunnen, auf 140 A. veranschlagt, erbaut werden.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Der Bau-Inspektor

gez. Thömer.

Bekanntmachung.

Um den höheren Orts mit Bewilligung der Staatsprämie von 10,000 Thlr. pro Meile genehmigten Ausba

Bekanntmachung.

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem cautionsfähige Unternehmungslustige hierdurch eingeladen werden.

Bekanntmachung.

Zum Mitbieten werden nur Personen zugelassen, welche auf Erfordern sofort eine Caution von 1000 Thaler zu erlegen vermögen.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Um den höheren Orts mit Bewilligung der Staatsprämie von 10,000 Thlr. pro Meile genehmigten Ausba

Bekanntmachung.

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem cautionsfähige Unternehmungslustige hierdurch eingeladen werden.

Bekanntmachung.

Zum Mitbieten werden nur Personen zugelassen, welche auf Erfordern sofort eine Caution von 1000 Thaler zu erlegen vermögen.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

Die Stationen Bologn und Witebsk der Danabura-Witebsker Eisenbahn treten mit dem 15. Februar cr. in den directen Güterverkehr zwischen Stettin und den Stationen der großen Russischen Bahn ein.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

Bekanntmachung.

An den hiesigen städtischen Schulen sind zu Ostern mehrere Elementarlehrstellen zu besetzen.

